

Für Sicherheit, Innovation und einen starken Binnenmarkt

Gute Regulierung als Fundament für Wettbewerbsfähigkeit



Deutschland und Europa erleben aktuell eine zunehmend zugespitzte Debatte über Deregulierung, Bürokratieabbau und die Rücknahme staatlicher Vorgaben. Auf europäischer Ebene wurde diese Entwicklung seit 2025 sichtbar beschleunigt: mit dem Kompass für Wettbewerbsfähigkeit¹, ihrem Arbeitsprogramm 2025² und mehreren Omnibus-Paketen verfolgt die Europäische Kommission eine weitreichende Vereinfachungsagenda³. Vereinfachung ist notwendig. Aber sie darf nicht zum Abbau von Schutzstandards, einer Schwächung staatlicher Handlungsfähigkeit oder regulatorischer Leichtfertigkeit führen.

Der TÜV-Verband setzt hier einen klaren Gegenentwurf: Nicht weniger Regulierung um jeden Preis, sondern bessere Regulierung. Gute Regulierung schützt Menschen, Umwelt, Infrastruktur und Märkte. Sie schafft Vertrauen in Innovationen, sichert faire Wettbewerbsbedingungen und stärkt Rechts-, Investitions- und Planungssicherheit. Gerade in Zeiten technologischer Umbrüche und geopolitischer Unsicherheiten ist sie Voraussetzung für Wettbewerbsfähigkeit.

Der TÜV-Verband will als Beitrag zur Versachlichung der Debatte die Perspektive von Sicherheit, Vertrauen, Vollzugstauglichkeit und europäischer Marktordnung in die politische Diskussion einbringen. Gute Regulierung entfaltet ihre Wirkung nur dann, wenn sie nicht nur politisch gewollt, sondern auch praktisch umsetzbar, digital vollziehbar und für Unternehmen wie Behörden handhabbar ist. Zugleich ist ein funktionsfähiger Binnenmarkt eine zentrale Wettbewerbsfähigkeitsreserve Europas: Einheitliche Regeln, kohärenter Vollzug und der Abbau unnötiger Reibungen stärken Investitionen, Innovation und Skalierung im europäischen Raum.

I. Der ordnungspolitische Wert guter Regulierung

Die politische Diskussion wird derzeit häufig so geführt, als stünden sich wirtschaftliche Dynamik und Regulierung grundsätzlich entgegen. Diese These ist falsch. Sie verkennet, dass moderne Marktwirtschaften auf verlässliche Regeln angewiesen sind – insbesondere dort, wo Sicherheit, Gesundheit, Umwelt, Verbraucherschutz, digitale Vertrauensräume oder kritische Infrastrukturen berührt sind.

Wer Regulierung pauschal als Belastung beschreibt, blendet ihren ordnungspolitischen Verdienst aus. Regulierung ist kein Selbstzweck. Sie ist das Instrument, mit dem der Staat legitime Schutzziele sichert, das Vorsorgeprinzip wahrt, Risiken unter Wahrung des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes begrenzt und verlässliche Rahmenbedingungen für wirtschaftliches Handeln schafft. Gerade die mittelständisch geprägte deutsche und europäische Wirtschaft profitiert von klaren, nachvollziehbaren und fair durchgesetzten Regeln. Sie braucht nicht weniger Staatlichkeit per se, sondern einen handlungsfähigen Staat, der mit guter Regulierung stabile Leitplanken setzt.

¹ https://commission.europa.eu/topics/competitiveness/competitiveness-compass_de

² https://commission.europa.eu/strategy-and-policy/strategy-documents/commission-work-programme_de

³ https://commission.europa.eu/law/law-making-process/better-regulation/simplification-and-implementation_en

II. EU-Binnenmarkt als Europas größtes Entbürokratisierungsprojekt

Europäische Regulierung wird oft als „Bürokratiemaschine“ kritisiert. Tatsächlich ist der EU-Binnenmarkt jedoch eines der größten Entbürokratisierungsprojekte der Wirtschaftsgeschichte. Sein Grundprinzip lautet: Eine unionsweit geltende Regel ersetzt 27 nationale Einzelregelungen. Wer europäische Regulierung pauschal zurückdrängen will, schafft daher nicht automatisch weniger Aufwand, sondern häufig das Gegenteil – einen regulatorischen Flickenteppich, mehr Rechtsunsicherheit, ungleiche Wettbewerbsbedingungen und höhere Anpassungskosten. Ein hoher regulatorischer Harmonisierungsgrad ist Grundvoraussetzung für einen funktionstüchtigen EU-Binnenmarkt. Er erschließt zugleich eine zentrale Wettbewerbsfähigkeitsreserve: einen stärker integrierten, verlässlicheren und besser skalierbaren europäischen Wirtschaftsraum.

Gerade in geopolitisch unsicheren Zeiten ist der Binnenmarkt weit mehr als ein ökonomisches Effizienzprojekt. Er ist eine Resilienzressource und ein Bollwerk gegen die aktuellen Angriffe auf die regelbasierte Europäische Wertegemeinschaft. Je konsistenter und einheitlicher Regeln unionsweit gelten, desto besser lassen sich Investitionen, Innovationen, Skalierung und Wertschöpfung im europäischen Raum realisieren. Eine Vereinfachungsagenda, die den Binnenmarkt stärkt, ist sinnvoll. Eine Deregulierungsagenda, die gemeinsame Regeln unterminiert oder ohne Evidenz pauschal abschafft, wäre wirtschaftlich und gesellschaftlich kontraproduktiv.

III. Vorsorgeprinzip als Ausdruck rechtsstaatlicher Verantwortung

Das europäische Vorsorgeprinzip ist kein Ausdruck von Misstrauen gegenüber technischem Fortschritt und auch keine Chiffre für eine vermeintlich risikoaverse Regulierungskultur. Es ist Ausdruck rechtsstaatlicher Verantwortung. Risiken frühzeitig zu erkennen und präventiv zu adressieren, bevor Schäden eintreten, ist gerade in sicherheitsrelevanten Bereichen ein Ausdruck verantwortungsvoller Regulierung. Zugleich gilt das Verhältnismäßigkeitsprinzip: staatliche Eingriffe dürfen nicht weiter gehen, als es zur Erreichung legitimer Zwecke erforderlich ist.

Bessere Regulierung bedeutet deshalb weder ein Festhalten an unnötigen Detailvorgaben noch einen Rückzug auf verschärfte Haftungslogiken erst nach Eintritt von Schäden. Wo Vorsorge fehlt, werden zentrale Regelungs- und Verantwortungsfragen am Ende vor Gericht entschieden. Gute Regulierung stellt einen ausgewogenen Ordnungsrahmen: risikobasiert, technologieneutral, evidenzgestützt und in der praktischen Umsetzung handhabbar. So wird Vorsorge zum Wettbewerbsvorteil – weil sie Vertrauen schafft, Haftungsrisiken begrenzt und planbare Marktbedingungen sichert.

IV. Nicht Regulierung ist das Problem, sondern ihre mangelnde Qualität

Bürokratie ist nicht per se negativ, sondern der Sache nach Voraussetzung eines funktionstüchtigen Verwaltungswesens. Standardisierte, dokumentierte sowie nachvollziehbare Verfahren sichern Gleichbehandlung, Nachvollziehbarkeit und Rechtssicherheit. Problematisch wird Bürokratie dort, wo Regeln unklar formuliert sind, Nachweise doppelt erbracht werden müssen, Vollzugsstrukturen nicht vorbereitet sind oder nationale Sonderwege den einheitlichen Binnenmarktrechtsrahmen unterlaufen. Genau darin zeigt sich schlechte Regulierung: Sie ist widersprüchlich, überkomplex oder nicht vollzugstauglich. Gute Regulierung ist demgegenüber wirksam, kohärent, evidenzbasiert und effizient.

Auf europäischer Ebene zeigen sich in letzter Konsequenz Schwächen mit Blick auf gute Regulierung vor allem bei der Qualität von Folgenabschätzungen, bei der Transparenz politischer Kompromissbildung im Trilog und bei der fehlenden systematischen Prüfung substantieller Änderungen im laufenden Gesetzgebungsprozess. Auf nationaler Ebene greift die Debatte häufig zu kurz, wenn bessere Regulierung im Wesentlichen auf Absenkung von Bürokratiekosten oder punktuelle Praxischecks reduziert wird. Notwendig sind: mehr robuste Ex-ante- und Ex-post-Evaluierungen, belastbare Daten, frühzeitige Einbindung von Vollzugs- und Praxisaspekten in den Gesetzgebungsprozess sowie klare Zuständigkeiten und Fristen.

„Europa braucht keine risikoaverse, aber auch keine risikoblinde Regulierung. Es braucht bessere Regulierung: evidenz- und risikobasiert, verhältnismäßig, innovationsstärkend und vollzugstauglich.“

V. Verwaltungsmodernisierung als entscheidender Hebel

Wer Verfahren beschleunigen will, muss die Verwaltung modernisieren und vor allem auch digitalisieren. Schnellere Entscheidungen entstehen nicht durch den reflexhaften Abbau materieller Anforderungen, sondern durch bessere und weitestgehend digitalisierte Prozesse. Zuständigkeiten müssen frühzeitig geklärt, Register und IT-Schnittstellen rechtzeitig aufgebaut, Verfahren medienbruchfrei digitalisiert und Nachweise standardisiert werden.

Dazu gehört auch, Verwaltungsdigitalisierung politisch als Führungsaufgabe zu begreifen. Bund, Länder und Kommunen müssen digitale Standards, gemeinsame Plattformen und interoperable Systeme stärker bündeln. One-Stop-Shops, zentrale Bürger- und Unternehmensportale, standardisierte Datenräume und der gezielte Einsatz von KI können Abläufe beschleunigen und die Qualität von Entscheidungen erhöhen. Erste Schritte sind mit der Einrichtung des Ministeriums für Digitalisierung und Staatsmodernisierung sowie der Initiative D21 eingeleitet worden. Der Maßstab bleibt dabei klar: mehr Effizienz unter Wahrung der Rechtssicherheit, jedoch ohne Absenkung des Schutzniveaus.

VI. Vereinfachung braucht klare Leitplanken

Die europäische Vereinfachungsagenda reagiert auf reale Probleme, die Lösungen erfordern. Wo Berichtspflichten doppeln, Anforderungskataloge ausufern, Daten mehrfach erhoben werden, Zuständigkeiten ungeklärt bleiben oder Verfahren Jahre dauern, besteht dringender Handlungsbedarf. Mit diesem klaren Focus ist Entlastung keine bloße politische Agenda, sondern fördert Investitionen und Innovationen und zeigt staatliche Handlungsfähigkeit.

Entscheidend ist jedoch, dass Vereinfachung schutzzielorientiert und risikobasiert erfolgt. Nicht jede Berichtspflicht ist entbehrlich, nicht jede Kontrolle verzichtbar und nicht jedes Abrücken von etablierten Standards ein Fortschritt. Maßstab muss insbesondere sein, ob eine Regel einen erkennbaren Mehrwert für Sicherheit, Verbraucherschutz, Umweltverträglichkeit, Resilienz oder fairen Wettbewerb leistet – und ob sie praxistauglich ist.

Entlastungen für kleinere Unternehmen oder Small Mid-Caps dürfen nicht zu einer Zwei- oder Dreiklassenregulierung führen. Für Verbraucherinnen und Verbraucher, aber auch andere Wirtschaftsteilnehmer, ist nicht die Größe des Anbieters entscheidend, sondern die nachweisliche Konformität der Produkte oder Dienstleistungen mit den einzuhaltenden Anforderungen. Differenzierung ist dort legitim und sachgemäß, wo sie risikogerecht ist. Sie ist falsch, wenn sie das Schutzniveau von der Unternehmensgröße abhängig macht.

VII. Ausrichtung eines Regulierungskompass für Deutschland und Europa

Deutschland und Europa brauchen keinen regulatorischen Rückbau mit der Kettensäge. Sie brauchen einen Regulierungskompass, der Sicherheit, Wettbewerbsfähigkeit und Innovation zusammenführt. Politisch bedeutet das vor allem vier Dinge:

1. Schutzziele müssen stringent abgesichert bleiben. Gesundheit, Umwelt, Verbraucher- und Arbeitsschutz, Informationssicherheit sowie innere und äußere Sicherheit dürfen nicht zum variablen Restposten kurzfristiger, kurzfristiger und häufig pauschaler Entlastungsdebatten werden.
2. Regulierung muss konsequent evidenzbasiert ausgestaltet werden. Neue Gesetzgebung und substanzielle Änderungen bestehender Regeln erfordern belastbare Folgenabschätzungen, transparente Datengrundlagen, transparente und nachvollziehbare Abwägungen mit dem Ziel sorgsam ausbalancierter Ergebnisse.
3. Der Binnenmarkt braucht Harmonisierung und Kohärenz statt Fragmentierung. 1:1-Umsetzung, der konsequente Verzicht auf nationales Gold Plating und eine unionsweit maximal einheitliche Auslegung von EU-Recht sind essenzielle Voraussetzungen für faire Wettbewerbsbedingungen.

4. Klare Vorgaben für die Verwaltungspraxis mit dem Ziel eines effizienten Vollzugs der Gesetze müssen im Gesetzgebungsprozess von Anfang an konsequent mitgedacht werden. Gute Regulierung endet nicht mit dem politischen Kompromiss, sondern zeigt ihre Stärke in ihrer praxistauglichen und digitalen Umsetzung. Gute Gesetzgebung ist vorausschauend und praxisorientiert.

Kernforderungen des TÜV-Verbands

Regulierung soll Risiken minimieren, nicht Chancen. Sie soll Sicherheit schaffen, nicht Bürokratie. Und sie soll Europa befähigen, innovativ zu sein – ohne dessen Wertefundament zu gefährden.

Schutzziele sichern

Regulierung muss dem Schutz zentraler Gemeinwohlinteressen dienen und darf nicht auf ein reines Kosten- oder Entlastungsnarrativ reduziert werden.

Evidenzbasierte Gesetzgebung stärken

Ex-ante- und Ex-post-Folgenabschätzungen müssen methodisch robust, datenbasiert und auch für substantielle Trilog-Kompromisse verbindlich sein.

Transparenz und Beteiligung verbessern

Konsultationen brauchen angemessene Fristen, nachvollziehbare Verfahren und einen frühzeitigen, gleichberechtigten Zugang aller relevanten Stakeholder.

Binnenmarkt vertiefen statt fragmentieren

No Gold Plating, 1:1-Umsetzung und kohärente Auslegung von EU-Recht sind zentrale Hebel gegen unnötige Bürokratie und Wettbewerbsverzerrungen.

Behörden-Readiness verbindlich machen

Zuständigkeiten, Register, IT-Schnittstellen und Vollzugsstrukturen müssen bereits während des Gesetzgebungsprozesses mitgeplant und sichergestellt werden.

Verwaltungen modernisieren

Digitale Ende-zu-Ende-Verfahren, One-Stop-Shops, standardisierte Nachweise und klare Prozessverantwortung beschleunigen Verfahren wirksamer als Rücknahme staatlicher Vorgaben.

Fazit

Nicht ein undifferenzierter Regulierungsabbau, sondern bessere Regulierung ist der entscheidende Beitrag zur Stärkung von Wettbewerbsfähigkeit und Standortqualität. Entlastung ist dort richtig, wo Regeln doppeln, Verfahren unnötig komplex sind oder Nachweispflichten keinen erkennbaren Mehrwert erzeugen. Falsch wäre es jedoch, aus dieser Einsicht eine pauschale Deregulierungslogik im Sinne einer politischen Agenda abzuleiten. Europa braucht Regeln, die schützen, Innovation fördern und den Binnenmarkt stärken. Deutschland braucht eine digitale und moderne Verwaltung, die einen praxistauglichen Vollzug ermöglicht. Dafür braucht es Regulierung *lege artis*, die Rechtssicherheit und Vertrauen schafft sowie die Potentiale des Binnenmarktes freisetzt. Eine gute Regulierung ist das Fundament der Europäischen Wertegemeinschaft.

Ihre Ansprechpartner



Rainer Gronau

Fachbereichsleiter Politik, Recht, Europa und
Stellvertretender Geschäftsführer

E-Mail: rainer.gronau@tuev-verband.de

Tel. +49 30 760095 490



Daniel Pflumm

Referent Produktregulierung und Digitalisierung

E-Mail: daniel.pflumm@tuev-verband.de

Tel. +49 30 760095 470

Als TÜV-Verband e.V. vertreten wir die politischen Interessen der TÜV-Prüforganisationen und fördern den fachlichen Austausch unserer Mitglieder. Wir setzen uns für die technische und digitale Sicherheit sowie die Nachhaltigkeit von Fahrzeugen, Produkten, Anlagen und Dienstleistungen ein. Grundlage dafür sind allgemeingültige Standards, unabhängige Prüfungen und qualifizierte Weiterbildung. Unser Ziel ist es, das hohe Niveau der technischen Sicherheit zu wahren, Vertrauen in die digitale Welt zu schaffen und unsere Lebensgrundlagen zu erhalten. Dafür sind wir im regelmäßigen Austausch mit Politik, Behörden, Medien, Unternehmen und Verbraucher:innen.